

Baustellenordnung

Projekt:

**Moorrevitalisierung im Häsener Luch
(Löwenberger Land)**

Bauherr:

**Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU)
Charitéstraße 3, 10117 Berlin**

Oberbauleitung:

Koordinator:

Örtliche Bauüberwachung:

Baustellenordnung

1. Vorbemerkung

Mit Inkrafttreten der **Baustellenverordnung (BaustellV)** zum 01.07.1998 sind erstmalig die **Bauherren** verpflichtet, bei der Planung und Ausführung ihres Bauvorhabens Maßnahmen zu treffen und die Arbeiten auf der Baustelle so zu gestalten, dass Gefährdungen für Leben und Gesundheit möglichst vermieden und verbleibende Gefährdungen möglichst geringgehalten werden. Damit trägt nunmehr der Bauherr, neben den am Bau beteiligten Firmen, Verantwortung für Sicherheit und Gesundheitsschutz.

Der Bauherr kann auch einen Dritten mit diesen Maßnahmen, in der Regel seinen Architekten, beauftragen.

Mit der Bestellung eines oder mehrerer Koordinatoren für die Planung (**Planungskordinator**) und für die Ausführung (**Ausführungskordinator**) tragen diese die Verantwortung, notwendige Maßnahmen für die Gewährleistung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzes planerisch und organisatorisch mit allen am Bau Beteiligten abzustimmen.

Der Bauherr hat eine *Vorankündigung* zu machen, einen *Sicherheits- und Gesundheitsschutz- Plan* (SiGePlan) zu erstellen, einen geeigneten *Koordinator* zu bestellen und eine *Unterlage* zu schaffen.

Der Koordinator hat gem. Baustellenverordnung allen anderen gegenüber nur eine Hinweispflicht.

„Der Bauherr oder der von Ihm beauftragte Dritte wird durch die Beauftragung geeigneter Koordinatoren nicht von seiner Verantwortung entbunden.“ (§3 Absatz 1a, Änderung von 01.01.2005)

2. Organisation der Baustelle

2.1. Beteiligte

Herr/Frau	Name	Institution	E-Mail	Telefon	Mobiltelefon	Funktion
						AG,
						AG,
						AG, Projektverantwortlicher
						AN Bauleiter
						AN Geschäftsführer
						AN Vorarbeiter
						Örtliche Bauüberwachung
						Bauoberleitung
						SIGECO

Vorhergehende Übersicht wird bauseitig durch die Bauoberleitung angepasst.

3. Baustellenordnung

3.1. Geltungsbereich

Diese Baustellenordnung gilt für sämtliche Lieferungen und Leistungen auf dem Baustellengelände der o.g. Baumaßnahme und soll den reibungslosen Betriebsablauf unter größtmöglicher Sicherheit für Beschäftigte und Anlagen gewährleisten.

Sie wird darüber hinaus den verantwortlichen Bauleitern der Auftragnehmer vor Arbeitsaufnahme gegen Unterschrift ausgehändigt. Alle Auftragnehmer sind verpflichtet, ihr auf dem Baustellengelände eingesetztes Personal und ihre Nachunternehmer vor Arbeitsaufnahme entsprechend einzuweisen, während der Arbeit auf die Einhaltung dieser Vorschriften zu achten und durch entsprechendes Führungspersonal zu kontrollieren, insbesondere auch bei erkennbarer Gefährdung Dritter. Betriebliche Einrichtungen der Baustelle dürfen nur nach ausdrücklicher Genehmigung durch die Objektleitung mitbenutzt, verändert bzw. entfernt werden.

Zum reibungslosen Betriebsablauf gehört auch das korrekte Verhalten des eingesetzten Personals gegenüber allen anderen Personen auf dem Betriebsgelände. Gegen Personen, die sich gegenüber anderen Personen nicht korrekt verhalten (z.B. bei Beleidigungen, Erregung öffentlichen Ärgernisses, etc.) wird von der Objektleitung der Baustelle ein Hausverbot ausgesprochen und die Person hat das Betriebsgelände unverzüglich zu verlassen.

Die Nichtbeachtung der Baustellenordnung wird als Verstoß gegen den Lieferauftrag bzw. als Nichterfüllung des Auftrages angesehen. Für Schäden bzw. Nachteile, die dem Auftraggeber durch Nichtbeachtung dieser Baustellenordnung entstehen, haftet der betreffende Auftragnehmer. Haftungs- und Versicherungsfragen werden zwischen dem Bauherrn und dem Auftragnehmer gesondert geregelt.

3.2. Baustellenleitung

Der Bauherr wird auf der Baustelle durch die Baustellenleitung vertreten. Sie ist für die Koordination und Kontrolle der Bauausführung, der Montage, der Inbetriebsetzung und der Probetriebe zuständig. Die Verantwortung der Auftragnehmer für die ordnungsgemäße Erfüllung ihrer Lieferungen und Leistungen bleibt dadurch unberührt. Die Baustellenleitung ist gegenüber allen Auftragnehmern weisungsberechtigt. Vereinbarungen zwischen verschiedenen Auftragnehmern auf der Baustelle, die den Ablauf der Arbeiten beeinflussen können, sind vorher mit der Baustellenleitung abzusprechen. Alle Reparatur-, Bau- bzw. Montageleiter, Sicherheitsfachkräfte, Sicherheitsbeauftragte und Ersthelfer sind vor Aufnahme ihrer Tätigkeit der Baustellenleitung namentlich und schriftlich zu benennen. Ein Wechsel des Führungspersonals ist nur aus zwingenden Gründen und nur in Abstimmung mit der Baustellenleitung möglich.

Alle im Betrieb tätigen Firmen sind verpflichtet, auf Anforderungen hin ihre örtlichen Bau-, Reparatur-, Montageleiter, Sicherheitsfachkräfte und Sicherheitsbeauftragte zu den von der Bauleitung angesetzten Arbeits- und Arbeitsschutzbesprechungen zu entsenden.

Jeder Auftragnehmer ist für sein Personal und für die Einhaltung der Arbeitszeitordnung verantwortlich.

Falls Mehrarbeitsstunden, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit notwendig werden:

- 1) Es muss in jedem Fall zunächst eine Genehmigung bei der Baustellenleitung eingeholt werden.
- 2) Erforderliche Genehmigungsanträge sind vor Weitergabe an die zuständige Behörde der Baustellenleitung zur Kenntnis zu bringen.

Es wird auf das Gesetz zur Vereinheitlichung und Flexibilisierung des Arbeitszeitrechtgesetzes ArbZRG vom 01.07.1994 verwiesen.

Bei Einsatz ausländischer Subunternehmer und/oder ausländischen Personals ist der Auftragnehmer verpflichtet, Aufsichtspersonal zu entsenden, das mit den geltenden deutschen Arbeitsschutzgesetzen und -vorschriften vertraut, sowie ermächtigt und befähigt ist, in deutscher Sprache abgefasste

Anordnungen und behördliche Verfügungen entgegenzunehmen, zu verstehen und zu erfüllen. Eine der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtige, verantwortliche Aufsichtsperson muss stets an der Arbeitsstelle zugegen bzw. auf dem Betriebsgelände erreichbar sein. Pro Arbeitsgruppe (bis 5 Mann) muss eine der deutschen Sprache mächtige Person vorhanden sein. Dolmetscher sind durch Aufkleber am Schutzhelm deutlich zu machen.

Der Einsatz von nicht EU-Personal bzw. Subunternehmer bedarf der ausdrücklichen Zustimmung der Baustellenleitung. Ein Nachweis der Arbeitserlaubnis ist vorzulegen.

3.3. Koordination und Überwachung von Arbeits- und Gesundheitsschutz

Vor Beginn der Arbeiten sind Koordinierungsgespräche durchzuführen. Von den Auftragnehmern sind Arbeitsablaufpläne und Montageanweisungen vorzulegen sowie die Mitarbeiter entsprechend zu unterweisen und die erforderlichen Betriebsanweisungen auszulegen. Diese Unterweisung ist durch Unterschrift des Unterwiesenen nachzuweisen.

Der vom Bauherrn gemäß BaustellV eingesetzte Koordinator kontrolliert die Einhaltung dieser Baustellenordnung, des SIGE-Planes, der Arbeitsschutzvorschriften und schreitet bei erkennbaren Gefahrenzuständen oder gegenseitigen Gefährdungen ein.

Die Verantwortlichkeit der Auftragnehmer für die Erfüllung der Arbeitsschutzpflichten gegenüber ihren Beschäftigten bleibt unberührt.

4. Allgemeine Anforderungen an Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz

4.1. Erste Hilfe

Es muss sichergestellt sein, dass jede Firma genügend in Erste Hilfe ausgebildetes Personal einsetzt, um eine ausreichende Erstversorgung zu gewährleisten. Dieses Personal ist der Projektleitung namentlich schriftlich bekanntzugeben. In Erste Hilfe ausgebildetes Personal muss durch einen Aufkleber am Helm erkenntlich sein. Jeder Auftragnehmer ist verpflichtet, an den Arbeitsstellen und ggf. auch in den eingesetzten Fahrzeugen gegen Verunreinigung geschütztes Verbandszeug - entsprechend UVV Erste Hilfe, VBG 109 - bereitzuhalten.

4.2. Sicherheitsfachkräfte

Die Fachkräfte für Arbeitssicherheit der Auftragnehmer haben darauf hinzuwirken, dass die auf der Baustelle Tätigen die Unfallverhütungsvorschriften und die Arbeitsschutzbestimmungen einhalten. Wenn für den abzuwickelnden Auftrag eine gegenseitige Gefährdung der beteiligten Personen nicht auszuschließen ist, wird gemäß der UVV-VBG 1 ein Sicherheitskoordinator vom Auftraggeber der eingesetzt. Den Sicherheitsanweisungen der Baustellenleitung und des Sicherheitskoordinators ist unverzüglich Folge zu leisten. Bei Nichtbefolgung hat die Baustellenleitung das Recht, die notwendigen Maßnahmen zu Lasten des betreffenden Auftragnehmers ausführen zu lassen.

4.3. Unfallverhütungsvorschriften und Arbeitsschutzbestimmungen

Der Auftragnehmer ist dafür verantwortlich, dass seine zur Baustelle delegierten Montageleiter / Aufsichtspersonen Kenntnis über alle einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften und Arbeitsschutzbestimmungen haben, und diese bei dem ihnen unterstellten Personal durchsetzen.

4.4. Unterweisung des Bau- und Montagepersonals

Jeder Bau- bzw. Montageleiter hat bei dem gesamten, ihm unterstellten Personal, insbesondere bei neu eingestellten Kräften, Unfallschutzbelehrungen vorzunehmen oder vornehmen zu lassen und regelmäßig zu wiederholen. Hierbei ist besonders die Belehrung fremdsprachlicher Mitarbeiter zu berücksichtigen.

Die Baustellenleitung wird gemeinsam mit der hauptamtlichen Sicherheitsfachkraft und den für die Arbeitssicherheit Verantwortlichen der Auftragnehmer ca. einmal im Monat eine Sicherheitsbesprechung durchführen. Die Bau- und Montageleiter des Auftragnehmers sind zur Teilnahme an diesen Besprechungen verpflichtet. Sie sind weiter dazu verpflichtet, die Anweisungen in die Praxis umzusetzen.

4.5. Arbeitsschutzmaßnahmen

Das Tragen von Warnwesten und Sicherheitsschuhen ist Pflicht. Bei Arbeiten unter schwebenden Lasten oder im Schwenkbereich von Baggern sind Schutzhelme zu tragen. Bei entsprechenden Tätigkeiten (z.B. Schweißarbeiten) muss die vorgeschriebene Schutzkleidung getragen werden. Bei Arbeiten, bei denen Absturzgefahr besteht, z.B. bei Arbeiten, die nicht von Regelgerüsten aus vorgenommen werden können, beim Fehlen von Geländern oder Abdeckungen, kurzfristigen Verschraubungsarbeiten und dgl. sind vom Auftragnehmer den Beschäftigten Sicherheitsgeschirre (Fallstoppgeräte, Auffanggurte, Sicherheitsleinen) zur Verfügung zu stellen und von diesen zu benutzen. Sicherheitsgeschirre dürfen nur verwendet werden, wenn die Fabrikate zugelassen sind. Bei Arbeiten, bei denen die Gefahr des Ertrinkens besteht, sind vom Auftragnehmer den Beschäftigten Schwimmwesten (Schwimmwesten oder Kragen) zur Verfügung zu stellen und von diesen zu benutzen. Bei regelmäßigen Arbeiten im Bereich offener Wasserflächen ist durch den Auftragnehmer ein Rettungsring mit Wurfleine vorzuhalten. Arbeiten an offenen Wasserflächen sind zur gegenseitigen Absicherung nur zulässig, wenn mindestens 2 Beschäftigte tätig sind. Die jeweiligen Aufsichtführenden sind dafür verantwortlich, dass die Beschäftigten diese Sicherheitsgeschirre auch benutzen.

5. Montagen, Gerüste, Schutzgerüste, Abdeckungen und Absperrmaßnahmen

5.1. Montagearbeiten, Abbrucharbeiten

Vor Beginn der Arbeiten ist der Projektleitung eine Montageanweisung zu übergeben (VBG 37, § 17).

5.2. Gerüste

Gerüste müssen der DIN 4420 entsprechen. Soweit Gerüste von der Regelausführung abweichen, müssen statische Berechnungen für diese Sondergerüste auf der Baustelle vorliegen. Die zulässige Höchstbelastung ist am Gerüst auf einer Tafel anzugeben.

Werden Gerüste von einem anderen Unternehmer benutzt, so ist die ordnungsgemäße Übergabe durchzuführen. Veränderungen an Gerüsten dürfen nur von fachkundigen Personen nach Abstimmung mit der Baustellenleitung vorgenommen werden.

5.3. Schutzgerüste

Jeder Bau- bzw. Montageleiter ist dafür verantwortlich, dass der gesamte Bereich seiner Bau- und Montagestelle vorschriftsmäßig abgesichert ist. Dies gilt vor allem für Abdeckungen und Absperrungen in Bereichen, in denen Absturzgefahr besteht. Der Bau- bzw. Montageleiter ist für den Zustand der Gerüste und Arbeitsbühnen, auf denen sein Personal arbeitet, jederzeit verantwortlich. Er hat sich ständig vom ordnungsgemäßen Zustand aller Gerüste und Arbeitsbühnen, Abdeckungen und Absperrungen usw. zu überzeugen. Angaben über die zulässige Belastbarkeit von Gerüsten und Arbeitsbühnen müssen deutlich sichtbar angebracht sein.

5.4. Veränderung und Entfernung von Sicherheitseinrichtungen und Abdeckungen

Sicherheitseinrichtungen darf der Auftragnehmer nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Baustellenleitung des Auftraggebers verändern oder entfernen. Die Baustellenleitung kann anordnen, dass diese Maßnahmen durch eine Fachfirma ausgeführt werden.

Das Entfernen von Abdeckungen ist nur mit schriftlicher Erlaubnis der Baustellenleitung des Auftraggebers gestattet.

Die durch Wegnahme von Abdeckungen entstandenen Öffnungen sind durch eine der folgenden Maßnahmen zu sichern:

- Öffnungen, die benötigt werden, sind durch feste Absperrungen zu sichern.
- Erfolgt die Sicherung der Öffnungen durch Abdeckung mit Bohlen, dann sind diese dicht, gegen Verschieben gesichert, zu verlegen. Es dürfen nur einwandfreie Gerüstbohlen verwendet werden.

5.5. Aufzüge, Transportgeräte und Hebezeuge

Aufzüge dürfen für Personenbeförderung nur verwendet werden, wenn sie hierfür zugelassen und gekennzeichnet sind.

Das Mitfahren auf schwebenden Lasten und der Aufenthalt unter schwebenden Lasten ist verboten. Bei Bauaufzügen für Personenbeförderung sind die untere Ladestelle sowie sämtliche Bühnen durch Schutzgitter abzusichern.

Fremde Krananlagen, Hebezeuge, Montagemasten, Aufzüge usw. dürfen ohne vorherige Vereinbarungen mit dem Besitzer nicht benutzt werden. Alle Geräte sind gegen unbefugtes Benutzen zu sichern.

Angaben über die zulässige Belastbarkeit von Geräten und Anschlagmitteln müssen deutlich sichtbar angebracht sein.

Die Prüfbücher sind auf der Baustelle zur ständigen Einsicht bereitzuhalten.

Die Befestigung von Flaschenzügen, Seilrollen und dergl. an Bau- und Konstruktionsteilen, die nicht bauseitig dafür vorgesehen sind, bedarf der vorherigen Zustimmung der Projektleitung. Beim Zusammenwirken verschiedener Hebezeuge etc. ist zwischen den beteiligten Firmen zu koordinieren und der Baustellenleitung ein Ablaufplan vorzulegen.

5.6. Maschinen und Geräte

Die verwendeten Maschinen, Geräte und Einrichtungen müssen nach den Bestimmungen des Gerätesicherheitsgesetzes, den einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften und im Übrigen nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik beschaffen sein und betrieben werden.

5.7. Zugang zur Baustelle und Verkehr auf dem Baustellengelände

Das Baustellengelände darf nur durch die gekennzeichneten Zugänge befahren, betreten und verlassen werden.

Der Auftragnehmer, seine Subunternehmer und ihre Mitarbeiter dürfen sich nur zur Auftragsdurchführung auf der Baustelle aufhalten.

Der Aufenthalt auf dem Baustellengelände außerhalb der mit der Baustellenleitung festgelegten Arbeitszeit ist verboten.

Bei Rückwärtsausfahrt, sowie generell bei Rückwärtsfahrten bzw. Rangierbetrieb besteht Einweisungspflicht.

Die Zugangsmöglichkeiten zur Baustelle dürfen durch Bau- und Montagearbeiten sowie durch Verschmutzungen nicht behindert bzw. eingeschränkt werden. Rettungswege dürfen nicht eingeengt werden. Etwa erforderliche Sperrungen sind mit der Baustellenleitung vorher rechtzeitig zu vereinbaren. Straßenverschmutzungen sind vom Verursacher unverzüglich zu entfernen. Bei Nichtbefolgen wird der Auftraggeber die Säuberungsarbeiten auf Kosten des Auftragnehmers durchführen lassen.

Parkflächen stehen innerhalb und außerhalb der Baustelle **nicht** zur Verfügung!

6. Ordnung und Sauberkeit auf der Baustelle

Alle Auftragnehmer sind verpflichtet, die Baustelle und Arbeitsplätze sowie ihre Unterkünfte und sanitären Anlagen in ordentlichen und sauberen Zustand zu halten. Die Bauleiter aller Firmen haben dafür zu sorgen, dass in ihrem gesamten Montagebereich sofort bzw. täglich das herumliegende Kleisen- und Rohrleitungsmaterial sowie unnötiges Restmaterial, Bauschutt, Abfälle, Bretter, Glaswolle, Kabelreste, Verpackungsmaterial etc. entfernt und bei nicht sofortigem Abtransport in Containern des Auftragnehmers deponiert wird.

Die Baustelle und die Arbeitsplätze sind sauber zu halten. Mindestens einmal in der Woche sind Baustelle und Arbeitsplätze vom Auftragnehmer einer gründlichen Reinigung z.B. durch Einsammeln von Müll (Verpackungsmaterialien), etc. zu unterziehen. Nach Beendigung der Arbeiten ist die Baustelle unverzüglich zu räumen und der Baustellenleitung des Auftraggebers ordnungsgemäß zu übergeben.

Von der Baustellenleitung zur Benutzung überlassene Lagerplätze, Arbeitsplätze und Zufahrtswege sind in Abstimmung mit der Baustellenleitung in den ursprünglichen Zustand zu versetzen. Es sind grundsätzlich die Toiletten in der Unterkunft bzw. die Mobiltoiletten auf der Baustelle zu benutzen. Zuwiderhandlung führt zum sofortigen Verweis des jeweiligen Mitarbeiters von der Baustelle.

7. Arbeitsfreigabeverfahren

Vor Beginn sämtlicher Arbeiten, insbesondere von Schweiß- und Schneidarbeiten sind schriftliche Arbeitsfreigaben bei der Baustellenleitung einzuholen. Die An- und Abmeldung der hier arbeitenden Personen muss zusätzlich erfolgen.

Dies gilt insbesondere zur Vermeidung von Arbeitsunfällen und Betriebsstörungen bei Arbeiten in Elektroanlagen, in Maschinenanlagen, an Anlagen die unter Druck stehen, die heiße Medien, Laugen, Säuren oder brennbare Flüssigkeiten führen, an radioaktiven Strahlern.

Über denselben Freigabeschein muss der Arbeitsabschluss bestätigt werden.

8. Baustelleneinrichtung und Sozialräume

Baustelleneinrichtungen, Maschinen, Geräte, Materialien, Bauteile, usw. kann der Auftragnehmer nur im Einvernehmen mit der Bauleitung des Auftraggebers oder ggf. mit Zustimmung der zuständigen Behörden aufstellen bzw. lagern. Er ist gehalten, sie auf Verlangen der Bauleitung des Auftraggebers umzustellen bzw. umzulagern, insbesondere wenn sie den Fortgang der Arbeiten stören.

Der Auftragnehmer bzw. sein Subunternehmer hat für die angemessene Unterbringung seiner Mitarbeiter Sorge zu tragen.

Übernachtungen auf der Baustelle sind nicht gestattet.

9. Umweltschutz, Versorgung, Entsorgung

Mit Öl, Fetten oder sonstigen wassergefährdenden Flüssigkeiten verunreinigtes Abwasser sowie Fette, Öle und wassergefährdende Flüssigkeiten dürfen nicht den normalen Abwasserleitungen zugeführt werden. Gleichfalls ist es verboten, diese Stoffe in das Erdreich abzulassen. Diese Stoffe sind in dafür zugelassenen Behältern durch den Auftragnehmer zu sammeln und einer geordneten Entsorgung zuzuführen. Bei Zuwiderhandlungen wird der Auftragnehmer haftbar gemacht. Fällt Abfall an, so hat der Auftragnehmer diese Abfälle in dafür zugelassene Behälter zu sammeln und für deren Abtransport zu sorgen, es sei denn, es sind bereits Sammelbehälter der Baustellenleitung für diese Abfälle vorhanden. In diesem Fall ist eine Kostenbeteiligung zu vereinbaren.

Erfüllt der Abfall die Kriterien der besonders überwachungsbedürftigen Abfälle nach AbfG, so hat der Auftragnehmer die Entsorgung entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen vorzunehmen. Der Baustellenleitung ist die ordnungsgemäße Entsorgung nachzuweisen.

Für Verstöße gegen diese Bestimmungen wird der Auftragnehmer haftbar gemacht. Offenes Feuer auf dem Betriebsgelände ist unzulässig.

Die Lagerung von Heiz- und Schmierölen, Fetten, Treibstoffen und anderen wassergefährdenden Stoffen darf nur unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen und in Abstimmung mit der Baustellenleitung durchgeführt werden. Kommt es aufgrund unsachgemäßer Lagerung zur

Verunreinigung des Erdreiches oder des Grundwassers, so wird der Auftragnehmer dafür haftbar gemacht.

Fahrzeuge, die zum öffentlichen Straßenverkehr zugelassen sind, und Großgeräte dürfen nur an einer ordnungsgemäßen Eigenverbrauchstankstelle oder einer öffentlichen Tankstelle betankt werden. Das Nachtanken dieser Fahrzeuge und Großgeräte aus tragbaren Behältern ist auf dem Betriebsgelände untersagt.

Bei Arbeiten mit gefährlichen Arbeitsstoffen und bei deren Entsorgung sind die Gefahrstoffverordnung und die technischen Richtlinien zur Gefahrstoffverordnung (TRGS) zu beachten. An der Arbeitsstelle ist nur der Tagesbedarf bereitzustellen.

10. Elektrische Anlagen und Geräte

10.1. Allgemeines

Die vom Auftragnehmer beizustellenden Anlagen und elektrischen Geräte sind von einer Elektrofachkraft bei der Erstinstallation auf der Baustelle und danach im Abstand von max. 3 Monaten regelmäßig zu überprüfen und ggf. nachzubessern. Schadhafte Teile müssen sofort von der Weiterverwendung ausgeschlossen werden.

Mit der Arbeit an elektrischen Anlagen sind nur Fachleute im Sinne der VDE 0105 zu beauftragen. Für Drehstromanschlüsse sind nur CEE-Steckvorrichtungen einzusetzen.

Baustromkabel und Leitungen einschließlich aller Verlängerungen sowie aller Schweißleitungen sind gegen Beschädigungen sicher zu verlegen. Kabel und Leitungen müssen für den speziellen Einsatz und dieser Verwendung geeignet und zugelassen sein.

10.2. Prüfungen

Elektrische Anlagen, Betriebsmittel, Handwerkzeuge und Werkzeugmaschinen sind entsprechend den VBG Vorschriften (VBG 4) regelmäßig zu überprüfen.

Werden diese im Ausnahmefall vom Auftraggeber dem Auftragnehmer zur Verfügung gestellt, so entbindet dies den Auftragnehmer nicht von seiner Prüfungspflicht.

10.3. Notstromanlagen

Eine Notstromversorgung ist durch den Auftragnehmer immer dann zu installieren, wenn dies aus Sicherheitsgründen zwingend erforderlich ist, z.B. für Druckluftgründung, Grundwasserabsenkung, Notbeleuchtung usw.

10.4. Erdverlegung (auch Elektrokabel und Leitungen)

Das Ausheben von Gruben und Gräben, sowie das Eintreiben von Pfählen und Metallstangen bedarf der ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung "Schachterlaubnis" der Baustellenleitung. Die Grabarbeiten sind bei Annäherung an Kabel- und Rohrleitungen mit größter Vorsicht auszuführen. Beschädigungen jeder Art sind der Projektleitung unverzüglich schriftlich zu melden.

Sämtliche erdverlegte Kabel und Leitungen sind in ausreichender Tiefe zu verlegen, vor dem Verfüllen mit Steinen abzudecken, einzumessen und mit Rollband (witterungsfest) zu kennzeichnen; die Aufmassskizze ist der Projektleitung zu übergeben.

Die Verfüllarbeiten dürfen erst nach schriftlicher Freigabe durch die Baustellenleitung begonnen werden.

10.5. Beleuchtung

Lager- und Arbeitsplätze innerhalb der Baustelle werden in bestehendem Zustand zur Verfügung gestellt. Jeder Auftragnehmer hat die Pflicht, diese vor Beschädigungen und Veränderungen zu schützen. Der Ausfall von Beleuchtungskörpern muss der Projektleitung gemeldet werden. Für ausreichende Arbeitsplatzbeleuchtung gemäß DIN 5034/5035 hat der Auftragnehmer mit zugelassenen Leuchten (Berührungsschutz) selbst zu sorgen. Die Leuchten sind blendungsfrei zu

installieren. Handleuchten müssen schutzisoliert ausgeführt sein oder über Trenntrafos mit Kleinspannung betrieben werden.

10.6. Elektrisch betriebene Kleingeräte

Bei erhöhter elektrischer Gefährdung, d.h. wenn angrenzende oder gegenüberliegende elektrisch leitfähige Teile, z.B. Wände, Böden, Roste, Rohre, gleichzeitig berührt werden könnten, oder aufrechtes Stehen unmöglich ist, dürfen Wechselstromverbraucher grundsätzlich nur mit Schutzkleinspannung oder mit Trenntrafo gem. VDE 0100 Teil 410 betrieben werden. In Verbindung mit dem Einsatz von Trenntrafos dürfen nur schutzisolierte Geräte eingesetzt werden. Trenn- und Kleinspannungstransformatoren müssen außerhalb des engen Raumes aufgestellt sein.

10.7. Provisorisch verlegte elektrische Kabel und Leitungen

Alle provisorisch verlegten Kabel dürfen nicht in Verkehrs- und Fluchtwegen verlegt werden. Sie müssen ausreichend gegen mechanische Beschädigung geschützt sein.

11. Schweißen, Schneiden und verwandte Arbeitsverfahren

Wegen ihrer besonderen Bedeutung wird ausdrücklich auf die Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften "Schweißen, Schneiden und verwandte Arbeitsverfahren" hingewiesen (VBG 15).

Auf folgendes ist besonders zu achten:

11.1. Allgemeine Anforderungen

Bei Schweiß-, Schneide- und verwandten Arbeitsverfahren, bei denen durch Funkenflug darunter liegende Arbeitsplätze und bestehende Einrichtungen gefährdet werden können, ist die Arbeitsstelle durch nicht brennbare Abdeckungen abzusichern. Schweißarbeitsplätze oberhalb von Kabelbühnen oder sonstigen leichtentzündbaren Stoffen oder Gegenständen, sind abzudecken.

Beim Elektroschweißen ist das Massekabel an das zu schweißende Objekt am Arbeitsplatz anzuschließen. Elektrodenreste sind in einem mitgeführten Behälter zu sammeln und ordnungsgemäß zu entsorgen.

Müssen Schweißarbeiten an tragenden Bauteilen durchgeführt werden, so ist der hierzu erforderliche Befähigungsnachweis vorzulegen.

11.2. Feuergefährdete Bereiche

Die Durchführung von Schweißarbeiten in feuergefährdeten Bereichen ist grundsätzlich untersagt. Muß in diesen Bereichen geschweißt, geschnitten oder ein verwandtes Arbeitsverfahren angewandt werden, ist eine besondere Schweißgenehmigung der Projektleitung erforderlich. Es sind geeignete Schutzmaßnahmen durchzuführen und genügend geeignete Feuerlöschmittel bereitzustellen. Siehe auch Schweißerlaubnis und Brandschutz.

12. Brandschutz

In brand- und explosionsgefährdeten Bereichen und an den von der Projekt-/Bauleitung besonders gekennzeichneten Stellen ist das Rauchen und Hantieren mit offener Flamme und Erzeugen von Funkenflug strengstens untersagt.

Bei Schweißarbeiten ist darauf zu achten, dass keine Brände entstehen. Bei Schweißarbeiten im Bereich von Schalungen und Gerüsten ist besondere Aufmerksamkeit erforderlich, damit Schalungs- und Gerüstbrände vermieden werden.

Unkontrollierter Funkenflug bei Schweiß- und Brennarbeiten ist zu verhindern.

Die Bau- und Montageleiter der Auftragnehmer haben dafür zu sorgen, dass an allen Gefahrenpunkten geeignete und geprüfte Feuerlöschgeräte oder Feuerlöschschläuche funktionstüchtig und in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

Brandwachen sind vom Auftragnehmer in Abstimmung mit der Projektleitung in erforderlichem Umfang zu stellen.

Die Rettungswege sind freizuhalten.

12. Strahlenschutz

Der Umgang mit Geräten, die der Röntgen-, Laser- oder Strahlenschutzverordnung unterliegen, z.B. Röntgen- oder Isotopenstrahler, ist der Baustellenleitung und dem Strahlenschutzbeauftragten rechtzeitig vorher anzuzeigen.

Der Auftragnehmer ist für die erforderlichen und mitzuführenden Genehmigungen, Sicherheitsvorkehrungen und Absperrungen verantwortlich. In jedem Fall hat eine Abstimmung des Auftragnehmers mit der Baustellenleitung bzw. dem Koordinator und dem Strahlenschutzbeauftragten zu erfolgen.

13. Fluchtwege

Fluchtwege in sind in erforderlichem Umfang vom Auftragnehmer sicherzustellen.

14. Verstöße gegen die Unfallverhütungsvorschriften und Baustellenordnung

Bei Verstößen gegen die UVV, die allgemein anerkannten Regeln der Technik, Bestimmungen, Richtlinien, Verordnungen und dieser Baustellenordnung, hat die Baustellenleitung das Recht, die betreffenden Personen unverzüglich von dem Gelände zu verweisen und/oder die Arbeitsstelle bis zur Beseitigung des ordnungswidrigen Zustandes stillzulegen. Die hierdurch entstehenden Kosten gehen zu Lasten des betreffenden Auftragnehmers.

15. Unfall- und Gefahrenmeldungen

Unfallmeldungen sollen grundsätzlich der Baustellenleitung gemeldet werden.

Die entsprechende Telefonnummer ist im Organigramm Baustellenleitung zu entnehmen.

Unfallmeldungen sind kurz und präzise zu formulieren.

Hierbei sind folgende Angaben zu machen:

- Unfallort
- Art der Verletzung
- Absturz
- Verbrennung
- Einwirkung durch elektrischen Strom
- Bewusstlosigkeit
- Atemnot
- Vergiftung / Verätzung unter Angabe des Stoffes
- Erste Hilfe

Bei einem Arbeitsunfall muss eine Vorstellung bei einem Durchgangsarzt erfolgen. Die Auftragnehmer sind verpflichtet, alle Unfälle (auch nicht meldepflichtige) in ein Verbandsbuch eintragen zu lassen. Eine Kopie der Unfallanzeige ist vom Auftragnehmer dem für die Baustelle zuständigen Koordinator zuzuleiten. Dieser entscheidet ob die Unfallmeldung zum StAfA weitergeleitet wird.

16. Sonstiges

Soweit keine anders lautenden Vereinbarungen getroffen wurden, gehen alle durch vorgenannte Maßnahmen sowie besondere Auflagen und Anordnungen der Behörden und der Berufsgenossenschaft entstehende Kosten als Nebenleistungen zu Lasten des Auftragnehmers.

16.1. Kontroll- und Wachdienst

Von der Baustellenleitung ist ggf. ein Kontroll- und Wachdienst eingerichtet. Dieser hat in begründeten Fällen das Recht, in Taschen, Behälter sowie in Kraftfahrzeuge Einsicht zu nehmen.

16.2. Alkohol

Der Genuss von Alkohol ist auf dem Baugelände verboten.

Personen, bei denen der Verdacht besteht, dass sie unter Alkoholeinfluss stehen, sind durch das Aufsichtspersonal unverzüglich vom Betriebsgelände zu verweisen. Verantwortlich hierfür sind die direkten Vorgesetzten.

16.3. Besucher

Besucher bzw. Besuchergruppen haben vor Betreten des Betriebes die rechtzeitige Zustimmung der Baustellenleitung einzuholen.

16.4. Kennzeichnung

Die Kennzeichnung von Gerüstmaterialien, Werkzeugen und Geräten hat vor dem Einsatz im Betrieb zu erfolgen.

16.5. Fotografieren

Das Fotografieren auf dem Betriebsgelände ist untersagt.

16.6. Funksprechgeräte

Funksprechgeräte dürfen nur nach Absprache mit der Baustellenleitung eingesetzt werden. Die Geräte müssen von der zuständigen Regulierungsbehörde zugelassen sein und die vorgeschriebene amtliche Prüfnummer tragen.

16.7. Notfälle

Für Notfälle ist ein Notrufplan erstellt worden. Im Notruffalle obliegen den betroffenen Unternehmen die Meldungen an die Baustellenleitung.

16.8. Alarmierung

Die Alarmierung von Krankenwagen, Feuerwehr und sonstiger Institutionen hat unverzüglich zu erfolgen. Die Baustellenleitung ist unverzüglich darüber zu informieren.

17. Kampfmittelbelastung/Munitionsfunde

Für den gesamten Baubereich besteht der begründete Verdacht, auf Munition, Kampf- und Sprengmittel aus dem Zweiten Weltkrieg zu treffen. Der Abschnitt wurde/wird teilweise vor und teilweise baubegleitend vom Kampfmittelbeseitigungsdienst/ oder gebundene Fachfirma abgesucht, beräumt und entsprechend protokolliert.

Verhalten beim Auffinden von Kampfmitteln

In unmittelbarer Nähe zum Fundort sind alle weiteren Arbeiten sofort zu unterbrechen. Durch geeignete Sicherungsmaßnahmen ist der Fundort unverzüglich gegen Zutritt von Unbefugten abzusichern und sofort der KMBD oder die kampfmitteltechnische Baubegleitung zu informieren. Alternativ kann über die Notrufnummer 110 die Polizei alarmiert werden. Bergung und Beseitigung der aufgefundenen Kampfmittel erfolgen unter Anleitung des KMBD bzw. durch diesen selbst. Das Auffinden von Kampfmitteln ist gleichzeitig dem AG mitzuteilen (Meldepflicht).

Der Auftragnehmer ist gehalten, mit der angemessenen Sorgfalt vorzugehen.

Beim Betrieb von Brecher-/ Misch-/ Sieb- oder Sortieranlagen auf der Baustelle müssen die erforderlichen arbeitsschutztechnischen Voraussetzungen erfüllt sein. Durch geeignete Maßnahmen ist sicherzustellen, dass keine Fundmunition in die Anlage gelangen kann.